

Einbringung des Haushalts 2013 in der Kreistagssitzung am 30.11.2012
Ausführliche Ausführungen zur Rede von Landrat Wolff

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!
Sperrfrist: Freitag, 30.11.2012, 14:00 Uhr

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Kreistags,
liebe Kolleginnen und Kollegen von der Verwaltung,
sehr geehrte Besucherinnen und Besucher,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

schwierige Zeiten im Landratsamt und im Landkreis, damit meine ich den vorhergehenden Tagesordnungspunkt und die uns alle bewegende Klinikdebatte. Es gibt aber nicht nur schwierige Themen, es gibt auch **Sternstunden** im Landratsamt: wir erleben in dieser Woche gleich zwei davon. Am Dienstag hat die Aktion „Sternstunden“ im Foyer des LRA Ihren Auftakt genommen. Zum nun schon vierten Mal können Kinder aus sozial benachteiligten Familien Weihnachtswünsche äußern. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts nehmen die Wünsche der Kinder vom Weihnachtsbaum im Foyer und erfüllen diese Wünsche. Wenn man so will, eine Sternstunde der Kreisverwaltung.

Eine ganz andere Sternstunde, eine Sternstunde der Kreispolitik, ist demgegenüber die heutige Einbringung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2013. Denn hier geht es um das Haushalts-Königsrecht des Kreistags und es geht um Standortbestimmung und um Entwicklungsperspektiven unseres Landkreises Göppingen.

Ich freue mich, Ihnen zusammen mit Herrn Kreiskämmerer Stolz den Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 vorlegen zu können.

Meine Damen und Herren,

es ist **nicht irgendein Haushalt**, den wir heute einbringen. Es ist der erste mit unserem neuen Corporate Design und es gilt: „Überraschend. BESSER.“ Denn auf Anhieb gelingt uns **im ersten doppischen Haushalt** der Haushaltsausgleich. Das ist bei der Umstellung auf das neue Rechnungswesen nicht selbstverständlich. Der Haushalt 2013 wurde also erstmals nach dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen aufgestellt. Wir schreiben mit diesem Haushalt also ein Stück Haushaltsgeschichte. Nun wird auch bei uns im Landkreis Göppingen der Wandel vom reinen Geldverbrauchs- hin zum Ressourcenverbrauchskonzept vollzogen; wir gehen mit dem neuen Verfahren den Weg hin zu einer ab jetzt output- also ergebnisorientierten Steuerung auf der Basis von Produkten und hin zu einem nachhaltigen Haushaltsausgleich mit dem Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit.

Ich sehe aufgrund dieser sinnvollen Zielsetzungen **das neue Verfahren als eine Chance** an für uns in Kreispolitik und in Kreisverwaltung und als Beginn einer neuen Zeit. Für die Landkreisverwaltung ist der HH 2013 zugleich das Ergebnis eines aufwändigen und mühsamen, aber auch erfolgreichen Umstellungsprozesses. Die Landkreise in Baden-Württemberg haben bereits überwiegend auf diese neue Form des Haushalts- und Rechnungswesens umgestellt; auch die Städte und Gemeinden des Landkreises müssen bis spätestens 2020 ihre Haushalte auf das neue System umstellen.

Das neue Verfahren wird sicher für uns alle zunächst gewöhnungsbedürftig sein, denn es ist mit weitreichenden Veränderungen verbunden. So wird sich die Anzahl der Haushaltsstellen von bisher 6.900 auf 22.200 Produktsachkonten verdreifachen und so werden wir es nun mit 250 Produkten des Landkreises zu tun haben. Sichtbarer Ausdruck des veränderten Verfahrens ist auch, dass die Seitenzahl des Haushaltsplans von 572 auf 429 zurückgegangen ist; und er hat dementsprechend auch Gewicht verloren, mit 1,05 kg kommt er um 370 g leichter daher als sein kameraler Vorgänger.

Meine Damen und Herren, egal ob kamerales oder neues mehr betriebswirtschaftlich orientiertes Verfahren: in beiden Fällen ist im Helmut Kohlschen Sinne „entscheidend, was hinten rauskommt“ und dafür ist wiederum entscheidend, was innen drin steht.

Innen drin auf den 429 Seiten stehen unverändert **sparsame Haushaltsansätze**, denn das neue Verfahren ändert nichts an unseren strukturellen Haushaltsproblemen und am dauerhaften Zwang zu einer sparsamen Mittelbereitstellung und Mittelbewirtschaftung. Gleichwohl spiegeln die 429 Seiten des Haushaltsentwurfs **aktuell eine gute und erfreuliche Entwicklung unserer Kreisfinanzen** wieder. Es ist zwar nicht so, dass, „wenn´s no a bissle besser ginge, es schier nemme auszuhalta wäre“, aber die gute konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre, die macht sich auf allen Ebenen vom Bund bis zu den Kommunen in einer deutlich verbesserten Einnahmesituation bemerkbar.

Verantwortlich für die Verbesserungen auf Kreisebene sind im Wesentlichen die **höheren Schlüsselzuweisungen**, die wir vom Land erhalten, die **höheren Steuerkraftsummen der Kommunen** und konjunkturell bedingte Verbesserungen auch im **Sozialbereich**.

Auf die Zahlen wird Herr Stolz näher eingehen. Ich wende mich jetzt gleich dem Thema **Kreisumlage** zu: Die Verwaltung schlägt Ihnen für 2013 einen um 1,6 %-Punkte reduzierten Kreisumlage-Hebesatz in Höhe von **38,30 %** vor. Dieser Vorschlag ist das Ergebnis einer sorgfältigen Abwägung aller relevanten Fakten und Entwicklungen und er ist einmal mehr als **Interessenausgleich** zu verstehen, als Ausgleich zwischen dem Interesse des Landkreises an einer geordneten, nachhaltigen Finanzentwicklung und dem Interesse unserer Städte und Gemeinden an einer möglichst niedrigen und auch im Vergleich mit anderen Landkreisen darstellbaren Kreisumlage. Wie Sie auf dieser Übersicht sehen können, ist dieser Vorschlag ausgewogen, weil dann

- im Vergleich zur Prognose des Finanzplanes mit 41,48 % Hebesatz der Kreisumlage eine Verbesserung mit 3,18 %-Punkten vorliegt,
- der Hebesatz gegenüber dem Haushaltsjahr 2012 von 39,90 % um 1,6 %-Punkte vermindert wird,
- dies im Vergleich zu den anderen Landkreisen der Region nach den bisher bekannten Zahlen der Landkreise einen überdurchschnittlichen, wenn nicht gar den stärksten Rückgang des Hebesatzes darstellt,
- daraus ein **Kreisumlage-Aufkommen** von rund 96 Mio. € gegenüber rund 93 Mio. €, also somit **knapp 3 Mio. € mehr** erzielt wird, das zur Verminderung der Netto-Neuverschuldung des Landkreises mit damit 5,5 Mio. € eingesetzt wird. Diese Netto-Neuverschuldung halten wir für vertretbar. Sie entspricht in etwa den Planansätzen der Vorjahre. Wir hoffen, dass wir wie in den Vorjahren am Ende des Jahres statt der Netto-Neuverschuldung wieder in Richtung **Netto-Nullneuverschuldung** kommen werden.

Meine Damen und Herren,

hätten wir wie in den Vorjahren das Kreisumlageaufkommen bei 93 Mio. € gedeckelt, dann hätten wir die Kreisumlage theoretisch sogar auf 37,2 % reduzieren können. Unsere Berechnungen haben aber ergeben, dass wir ein Aufkommen von 96 Mio. Euro zur Haushaltsfinanzierung auf jeden Fall brauchen; allein im Sozialetat müssen wir den Planansatz netto um 3,8 Mio. € erhöhen. Hätten wir auch noch die Neuverschuldung von 5,5 Mio. Euro vermeiden wollen, dann müssten wir den Hebesatz von 39,90 % beibehalten. Weil aber die Kreiskommunen trotz vermindertem Hebesatz insgesamt ein höheres Aufkommen an Kreisumlage 2013 aufzubringen haben, schlagen wir dies nicht vor.

Wichtig aber, meine Damen und Herren, wir schlagen Ihnen vor, dass mögliche und aus unserer Sicht auch zu erwartende **Verbesserungen** aus dem Rechnungsabschluss 2012 (z.B. durch den Wegfall von

Haushaltsausgaberesten oder noch eintretende Einnahmeverbesserungen) beim Landkreis verbleiben und zur Reduzierung der Neuverschuldung eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren,

die Finanzlage des Landkreises Göppingen hat zwei Gesichter. Die sind nicht gerade die von Dr. Jekyll und Mister Hyde, aber sie sind sehr unterschiedlich. Sieht man die Entwicklung der letzten Jahre mit einem seit ca. 4 Jahren bei knapp unter 50 Mio. Euro stagnierenden **Schuldenniedrigstand**, sieht man die aktuelle **erfreuliche Einnahmenentwicklung**, dann ist das das eine eher freundliche Gesicht. Grimmig schaut dagegen das andere Gesicht einher, das unserer strukturellen Haushaltsprobleme, das der mangelnden finanziellen Gestaltungsspielräume und das der in den kommenden Jahren steigenden **Verschuldung**. Dabei wäre es uns allen doch ein ganz wichtiges Anliegen, unseren Haushalt eher zu entschulden.

Meine Damen und Herren,

nach meiner Überzeugung wird ein in den kommenden Jahren steigender Stand der Fremdfinanzierung nicht zu vermeiden sind, wenn wir die Herausforderungen der Zukunft aktiv und offensiv angehen wollen, d. h. wenn wir als notwendig erkannte **Investitionen in die Zukunft** unseres Landkreises auch tatsächlich realisieren wollen. Damit meine ich Investitionen in den Gesundheitsstandort, in den ÖPNV, in die Verkehrsinfrastruktur und in die Sicherheit und die Substanz unserer Schul- und Verwaltungsgebäude. Der Landkreis Göppingen muss nach meiner Überzeugung gezielt investieren, wenn er die Herausforderungen des Demografischen Wandels annehmen und wenn er sich in der Standortgunst und im Wettbewerb mit anderen Landkreisen fit machen will für die Zukunft. Damit erhöht sich zwar der Fremdfinanzierungsanteil in unserem Haushalt.

Damit schaffen wir aber auch Werte und stellen Weichen für eine gute Lebensqualität kommender Generationen.

Stichwort **Demografischer Wandel**: Seit dem Jahr 2005 hat der Kreis fast 6.000 Einwohner verloren; das macht in Zahlen gesprochen einen Einnahmeverlust von ca. 2 Mio. Euro pro Jahr aus. Der demografische Wandel, der Rückgang an Einwohnern, die veränderte Zusammensetzung unserer Bevölkerung ist ein gesellschaftliches und bundesweites Phänomen, hier sind unsere Einflussmöglichkeiten gering. Konzentrieren müssen wir uns auf die Themen, die wir beeinflussen können, z. B. auf die Weiterentwicklung und auf die Vermarktung des Landkreises Göppingen als attraktiven Wohn- und Lebensort für Familien und für Arbeitskräfte. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden müssen wir hierzu eine Strategie und ein Konzept entwerfen. Das war aus meiner Sicht ein wichtiges Ergebnis unseres nun schon dritten erfolgreich durchgeführten Demografiefachtags in der letzten Woche.

Meine Damen und Herren,

auch unter dem Aspekt des Demografischen Wandels bleibt die Entwicklung des **Wirtschaftsstandorts Landkreis Göppingen** ein unverändert wichtiges Thema: Baden-Württemberg-weit ist der Arbeitsmarkt trotz des schwächeren Ausfalls des Herbstaufschwungs im Vergleich zu den Vorjahren relativ stabil geblieben. Die Arbeitslosenquote verzeichnet einen leichten Rückgang von 3,8%. Im Landkreis Göppingen liegt sie aktuell bei 4%. Den **Unternehmen im Kreis** geht es nach der IHK Konjunkturumfrage sehr gut, die Firmen profitieren noch vom Boom der vergangenen zwei Jahre, die Geschäftslage befindet sich nach wie vor auf hohem Niveau, die Erträge sind stabil trotz leichtem Rückgang der Gesamtumsätze. Aber: Es ziehen **Wolken am Konjunkturhimmel** auf, die Firmen stellen eine rückläufige Nachfrage fest, beim Blick nach vorn dominiert mittlerweile eher die Skepsis. Von einer rasanten Talfahrt ist nicht auszugehen, die Sorgen wegen der nicht bewältigten Finanz- und Eurokrise und damit die Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung bleiben jedoch.

Im Bereich der **Wirtschaftsförderung** konzentrieren wir unsere Anstrengungen auf die Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart und die verstärkte Innovations- und einzelbetriebliche Beratung bei

der WIF in der bewährten Zusammenarbeit mit der Steinbeis-Stiftung. Die Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung wurde Ende 2011 vollzogen und hat sich in 2012 bewährt. Die WIF ist jetzt in Sachen Innovations- und Technologieförderung deutlich präsenter in den Unternehmen. Das ist auch gut so, denn nach dem aktuell veröffentlichten **Innovationsindex** für Baden-Württemberg ist der Landkreis Göppingen nach wie vor auf den hinteren Rängen zu finden, auf Rang 29 von insgesamt 44 Land- und Stadtkreisen. Zwar konnte sich der Kreis im Vergleich zum Vorjahr um einen Rang verbessern. Nach wie vor liegen wir aber noch deutlich hinter den Nachbarlandkreisen und kommen zwar stetig, aber in kleinen Schritten voran.

Mit der Konzentration der WIF auf die Innovationsberatung haben wir die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Das gilt auch für die neu installierte **Kreiswirtschaftsförderung** in der Zusammenarbeit mit der Tourismusförderung und dem Standortmarketing im Büro für Kreisentwicklung und Kommunikation. Diese Konzentration wichtiger Aufgabenbereiche bewährt sich und soll fortgeführt werden, auch wenn leider unser Tourismusförderer altershalber ausscheiden wird und die Kreiswirtschaftsförderin schon nach einem Jahr in die Privatwirtschaft wechselt. Als gelungene Kooperation ist der Auftritt des Kreises Göppingen und die Vermarktung unserer Gewerbeflächen auf der Expo Real in München unter dem Dach der WRS zu nennen. Daneben beleuchten wir die Potenziale im Tourismus als Wirtschaftsfaktor und haben das in der Kreisentwicklung definierte Leuchtturmprojekt in der Zusammenarbeit mit dem externen Büro Futour aus München und den lokalen Partnern im Tourismus tiefer analysiert. In der Sitzung des VA letzte Woche haben wir hierüber erstmals informiert.

Leider gescheitert ist das Projekt **Baumwipfelpfad** in Wiesensteig, das der Magnet für mehr Tourismus im oberen Filstal und darüber hinaus ein Wirtschaftsfaktor für den ganzen Kreis und die Region gewesen wäre.

Wir waren davon überzeugt und sind es heute noch, dass dieser Weg der richtige gewesen wäre. Der massive Protest einzelner Wiesensteiger und der benachbarten Gemeinden auf Kreisgebiet Esslingen führten zum Ausstieg des Investors. Wir stecken den Kopf jetzt aber nicht in den Sand, wir werden auch hier einen neuen Weg finden in der Konzentration der Kräfte und im Zusammenspiel mit der Schwäbischen Alb und den Verbänden in unmittelbarer Nähe wie dem Helfensteiner Land und dem Stauferland.

Bemerkenswert und chancenreich ist die Entwicklung in und um Schloss Filseck. Damit meine ich die Idee und Planung eines **Landschaftsparks Schloss Filseck** durch die Schloss Filseck Stiftung zusammen mit der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen/Geislingen. Ich meine die umfassende Sanierung durch die Schloss Filseck-Stiftung der Kreissparkasse Göppingen, die neue gut angenommene Gastronomie und die interessanten Pläne für eine deutliche Aufwertung der gesamten näheren und weiteren Schlossumgebung. Da kündigt sich mit einem historischen Schlosspark mit moderner Nutzung, mit einem 2,5 Mio. Euro-Projekt ein nächstes interessantes Projekt an, ein echter Fortschritt für Tourismus, Kulturgeschichte und Landschaftserlebnis in unserem Kreis.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt 2013 sieht Investitionen von 12,8 Mio. € vor; das ist etwas mehr als in den letzten Jahren. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt in Zuschüssen für die **Alb Fils Kliniken** mit insgesamt 8,8 Mio. €. Diese beinhalten mehrere notwendige Maßnahmen wie u. a. Brandschutz, die Weiterfinanzierung des Gesundheitszentrums mit 3,5 Mio. Euro und erste Planungskosten für das Neubauprojekt. Außerdem investieren wir in die Erhaltung und Sicherheit unserer Schulen und Liegenschaften 3,7 Mio. €.

Bei den Investitionen, bei den aktuellen Diskussionen und so auch in der heutigen Tagesordnung nehmen unsere Kliniken einen besonderen Stellenwert ein.

Dieser besondere Stellenwert macht sich auch deutlich bemerkbar in der Finanzplanung. Dort haben wir die Variante „Neubau des Standortes Klinik am Eichert“ aufgenommen, um Ihnen das daraus resultierende Ansteigen der Verschuldung von 50 auf 158 Mio. € aufzuzeigen. Wir halten dieses Schuldenszenario zwar für schwer verdaubar, dennoch aber für den richtigen und verantwortlichen Weg, um dadurch unsere zwei Klinikstandorte in Göppingen und in Geislingen zukunftsfähig zu machen und langfristige Einsparungen im Klinikbetrieb zu erreichen.

Meine Damen und Herren,

für die Standortqualität und für die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises sind die Themen **Gesundheit und Gesundheitsstandort** strategisch bedeutsame Handlungsfelder. Um diese gut zu besetzen, haben wir die **Kommunale Gesundheitskonferenz** einberufen. In einem ersten Schritt stand dabei die Gewährleistung der ambulanten Versorgung in unserem Kreisgebiet auf der Tagesordnung, im nächsten Jahr wird es das Thema „Gesund im Alter sein.

Im Mittelpunkt unseres Gesundheitsstandorts Landkreis GP steht der größte Gesundheitsanbieter und zugleich größte Arbeitgeber, die **ALB FILS KLINIKEN** mit den Standorten in Göppingen und Geislingen. Stetige Veränderungen im Gesundheitswesen und dynamische Reformgesetze prägten in den letzten Jahren die äußerst schwierigen Rahmenbedingungen. Gerade deshalb hat die Kreispolitik unmissverständlich klar gemacht, dass unsere Kliniken **in kommunaler Trägerschaft bleiben und beide Standorte dauerhaft erhalten werden**. Gleichzeitig wurde von der Geschäftsführung eine deutliche Reduzierung der Defizite eingefordert. Seit Ende 2009 befinden sich die ALB FILS KLINIKEN daher auf einem schwierigen Konsolidierungskurs, der trotz aller Widrigkeiten stringent eingehalten wird. Die Hälfte des Weges ist zurückgelegt, das Defizit innerhalb von drei Jahren halbiert.

Aber: Die Sanierung der beiden Krankenhäuser muss bis 2015 weitergehen, die schwarze Null in greifbare Nähe kommen.

Zu Recht weist die Geschäftsführung darauf hin, dass zumindest mittelfristig das Defizit an der Helfenstein Klinik nicht deutlich reduzierbar ist. Dies ist natürlich der Größe des Hauses und den notwendigen Vorhaltungen geschuldet. Für das Wirtschaftsjahr 2013 geht die Geschäftsführung von einer moderaten Leistungsentwicklung aus. Zugleich ist eine lineare Erhöhung beim Landesbasisfallwert und damit dem stationären Erlösbudget von 0,8 % eingerechnet. Demgegenüber steht die Personalkostenentwicklung aufgrund der Tarifabschlüsse von voraussichtlich 3 %. Hier wird rasch ersichtlich, dass erneut die Steigerung bei den Personalkosten deutlich höher ausfällt, als die Kliniken zusätzliches Geld für ihre Erlöse bekommen.

Zusammengefasst bedeutet dies einmal mehr auch für das Jahr 2013, dass die nun schon seit mehr als 10 Jahren andauernde **Unterfinanzierung** durch den Gesetzgeber fortgesetzt wird. Erschreckend ist hierbei die Ignoranz der Entscheidungsträger auf Bundesebene.

Aus dem Wirtschaftsplan unserer ALB FILS KLINIKEN ist ersichtlich, dass die extern vorgegebenen Parameter nicht als Bedrohung angesehen, sondern als eine erneute Herausforderung für das operative Handeln angenommen werden. Gemeinsam mit einer externen Beratungsfirma wurden nun nochmals etliche Handlungsfelder definiert, um den Konsolidierungserfolg in den nächsten drei Jahren nachhaltig zu sichern. Es ist halt wie beim Marathonlauf. Die zweite Hälfte des Wegs hin zur Konsolidierung wird ungleich schwieriger. Gerade deshalb müssen wir als Träger und Gesellschafter die Geschäftsführung bei Ihren schwierigen Entscheidungen **weiterhin bestmöglich unterstützen**. Gleichzeitig müssen wir unter diesen schwierigen Bedingungen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die medizinische Qualität weiterentwickelt und zugleich die jährlichen Defizite kontinuierlich abgebaut werden.

Die positive Entwicklung muss fortgesetzt werden, auch wenn der Trend in vielen Krankenhäusern in Baden-Württemberg genau in die entgegengesetzte Richtung zeigt:

Die Defizite vieler Krankenhäuser schnellen in die Höhe und Klinikstandorte werden geschlossen oder verkauft. Dies kann für uns keine Handlungsoption sein. Ich bitte Sie als Mandatsträger auch weiterhin, den ALB FILS KLINIKEN den Rücken zu stärken. Nur gemeinsam wird die Konsolidierung Erfolg haben. Der Klinik-Geschäftsführung und der ganzen Belegschaft danke ich ganz herzlich für ihr großes Engagement und für die überaus wichtige und sehr gute Arbeit, die sie leisten.

Meine Damen und Herren, für einen starken Wirtschaftsstandort ist auch die **Verkehrsinfrastruktur** von elementarer Bedeutung. Wenn wir heute Defizite unserer Wirtschaftskraft beklagen, der Landkreis Göppingen im Ranking nicht an der Stelle steht, wo wir ihn gerne sehen würden, dann liegt dies auch am nicht mehr zeitgemäßen Ausbau unserer zentralen Verkehrsachse. Dies gilt insbesondere wenn wir an die immer noch nicht fertig gestellten Abschnitte der B 10/B 466 und den Weiterbau bis Geislingen denken. Die Straße ist es aber nicht allein: Auch bei den öffentlichen Mobilitätsangeboten hinken wir noch immer hinterher, ist unser Landkreis mit dem Kernraum der Region Stuttgart nicht optimal vernetzt. Ich nenne die Stichworte S-Bahn-Anbindung und tarifliche Kooperationen. Für die Bürgerinnen und Bürger ist die Qualität der verkehrlichen Anbindung und sind die Mobilitätsangebote ein wichtiger Faktor, wenn es um die Entscheidung für oder gegen einen Wohn- und Arbeitsstandort geht. Um vor dem Hintergrund des demografischen Wandels unsere Einwohner hier zu halten und uns als attraktiven Lebensort ansiedlungsinteressierten Menschen zu empfehlen, müssen wir aktiv und gestaltend tätig werden. Dazu besteht im Laufe der heutigen Tagesordnung noch Gelegenheit.

Beim Straßenbau räumt das Land der Erhaltung des Netzes und dem Abschluss begonnener Maßnahmen inzwischen Vorrang vor neuen Projekten ein.

Die **B 10 und die B 466** haben bei der Priorisierung durch das Land im vergangenen Frühjahr eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen und eine erhebliche Entlastung für die Bevölkerung bringen. Wir erwarten aber, dass jetzt auch Taten folgen. Minister Hermann hat wiederholt betont, dass er auch persönlich hinter den Bauabschnitten 3 und 4 steht. Ähnliches hören wir von Bundesverkehrsminister Ramsauer in Berlin. Meine Hoffnungen und Erwartungen ruhen nun auf den 560 Mio. €, die 2013 zusätzlich im Rahmen eines Sonderprogramms in den Straßenbau fließen sollen. Damit gibt es jetzt den bislang fehlenden finanziellen Spielraum, um für die Ortsumfahrungen Süßen und Gingen grünes Licht zu geben. Wir drängen in Stuttgart und in Berlin weiterhin darauf, die Maßnahmen in 2013 zu beginnen, um das bereits beantragte Bauzeitenfenster für die Eisenbahnkreuzungsmaßnahme in Süßen 2014 nutzen zu können.

Am 4. Dezember wird mit der Neutrassierung der **A 8** um Gruibingen herum und den begleitenden Lärmschutzmaßnahmen ein ebenfalls wichtiges Infrastrukturprojekt im Landkreis zunächst abgeschlossen und dem Verkehr übergeben. Anlässlich der Eröffnung des Teilabschnitts hoffe ich auf Aussagen des Bundes zu drängenden Fragen wie z. B.: Welche Ergebnisse die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum PPP-Projekt "Albauftieg A8" gebracht hat? Wann endlich eine Perspektive für die überfällige Neutrassierung aufgemacht wird und in welchem Umfang zuvor die Planfeststellung neu aufgerollt werden muss? Während uns zu diesem wichtigen Verkehrsprojekt im Moment jede Perspektive fehlt, laufen bereits zwischen Hohenstadt und Ulm die Arbeiten am 6-streifigen Ausbau. In wenigen Jahren wird einzig das Nadelöhr zwischen Mühlhausen und Hohenstadt übrig bleiben, werden sich die Staus bei uns zwangsläufig weiter mehren. Bis heute zeichnet sich keine Lösung ab, die Form der Finanzierung ist nach wie vor offen.

Die neuen Richtlinien für Tunnelanlagen verursachen erhebliche Mehrkosten, und gerade der Albauftieg umfasst zwei überlange Streckenabschnitte, die im

Berg verlaufen. Kann der bisherige Kostenrahmen von 350-400 Mio. € überhaupt gehalten werden?

Meine Damen und Herren,

in der regionalen Wahrnehmung unseres Landkreises, in seiner Bewertung als Wohn-, Wirtschafts-, Bildungs- und Erholungsstandort, spielt das **öffentliche Mobilitätsangebot** eine inzwischen etwa gleichwertige Rolle. Nur wenn wir uns in diesem Bereich ebenfalls zukunftsorientiert aufstellen, haben wir eine reale Chance im regionalen Wettbewerb, wird es uns gelingen, den negativen Folgen der demographischen Entwicklung, die sich schon jetzt abzeichnen, mit gezielten Maßnahmen zu begegnen. Unser Ziel muss sein, den Landkreis Göppingen besser in das Gesamtverkehrsangebot der Region Stuttgart zu integrieren, ihn als Teil des Ganzen präserter zu machen. Dies gilt sowohl für die betriebliche, als auch die tarifliche Komponente. Und daher ist es nur folgerichtig, dass gerade diese beiden wichtigen Themen heute mit den erforderlichen Grundsatzentscheidungen einen breiten Raum unserer Kreistagssitzung einnehmen werden. Mit der Klärung möglicher Optionen für die **S-Bahn-Anbindung des Landkreises** sind wir in diesem Herbst einen gewichtigen Schritt weiter gekommen. Und ich meine, wir sind diesbezüglich auf einem guten Weg, das Verkehrsangebot, das mit S21 und der Neubaustrecke möglich wird so zu organisieren, dass der Landkreis daraus einen zusätzlichen Nutzen ziehen kann. Das **Kombi-Modell** hat für mich nicht den Charakter einer Notlösung sondern vielmehr den eines vernünftigen und pragmatischen Kompromisses. Es wird den unterschiedlichen Interessenslagen im westlichen und östlichen Teil unseres Landkreises und den Bedürfnissen der Fahrgäste gerecht.

Mit der tariflichen **Teilintegration in den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart** sind wir zeitnah unterwegs.

Auch hier liegen die wesentlichen Fakten entscheidungsreif auf dem Tisch. Klar ist, dass auch hier eine nicht unerhebliche finanzielle Belastung mit jährlich rd. 1,1 Mio. € auf den Landkreis zukommt.

Stichworte wie Vernetzung mit der Region, Tageskartenangebote des VVS und StudiTicket machen deutlich, dass es sich um Themenbereiche nah am Bürger handelt. Wir müssen am Ball bleiben, um die Teilintegration zum 1.1.2014 auf den Weg zu bringen. Sie ist ein wichtiger Baustein, um näher an die Region heranzurücken und einen Nutzen für uns daraus zu ziehen. Für den Raum Geislingen sind die **Verbindungen in den DING-Verbundraum** Ulm/Neu-Ulm von nicht minderer Bedeutung. Deshalb haben wir parallel an einer Anzonung der Kernzone Geislingen an DING gearbeitet und können auch dafür mit möglichem Start am 1.9.2013 heute das entsprechende Signal auf Grün stellen. Auch hierfür wird der Landkreis künftig jährlich rd.100.000 reservieren müssen.

Meine Damen und Herren,

eine weitere wichtige Verkehrsthematik: Der Binnenverkehr im Landkreis selbst und die **Vernetzung Bus/Schiene**. Erhebliche Finanzierungsprobleme beim Busverkehr, der Negativtrend bei der Entwicklung der Fahrgäste und der Schülerzahlen im Besonderen, reißen große Lücken auf. Der Landkreis als Aufgabenträger für den Busverkehr ist gefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der ÖPNV im Landkreis in keine dauerhafte Spirale nach unten rutscht, das Angebot mindestens stabilisiert und sukzessive verbessert werden kann. Ohne neue Kosten für den Landkreis, soviel ist sicher, wird dies nicht umsetzbar sein. Da die Spielräume begrenzt sind, müssen wir gleichzeitig denkbare Instrumente prüfen und entwickeln, die neue Rahmenbedingungen für die Zukunft unseres ÖPNV definieren.

Die europäischen Vorgaben verlangen die verstärkte Öffnung für den Wettbewerb, auch beim ÖPNV. Das neue Personenbeförderungsrecht, das zum 1.1.2013 in Kraft tritt, trägt dem ein Stück weit Rechnung. Es stärkt den Einfluss der Aufgabenträger und die Rolle des Nahverkehrsplans als zentrales Gestaltungs-Planwerk. Ebenfalls schon heute wollen wir auch diesbezüglich klare Richtungsvorgaben definieren.

Als Ausfluss der Kreistagsklausur vom vergangenen Frühjahr, die sich mit dem Thema Nahverkehrsplanung ganz gezielt auseinandergesetzt hat, wollen wir heute die Startsignale sowohl für ein **Linienbündelungskonzept** als auch die **Aufstellung eines neuen Nah-verkehrsplans** geben. Damit leiten wir einen umfangreichen Abstimmungs- und Planungsprozess ein, um unsere öffentlichen Mobilitätsangebote im Landkreis dauerhaft konkurrenzfähig aufzustellen. Es handelt sich keineswegs um eine Kampfansage an die bisher eigenwirtschaftlich geführten Verkehrsunternehmen, sondern um die klare Erwartung, dass wir unter sich teils dramatisch verändernden Rahmenbedingungen eine enge Zusammenarbeit mit dem Aufgabenträger aber auch eine verstärkte Kooperationen zwischen den Unternehmen einfordern, um die Ressourcen möglichst effektiv zu nutzen und alle denkbaren Synergien zu nutzen. Lassen sie uns dies gemeinsam erarbeiten, dann sind Ängste vor mehr Wettbewerb letztendlich unbegründet. Für die Option, Linienkonzessionen künftig verstärkt im Wettbewerb unter Vorgaben des Aufgabenträgers zu vergeben, wollen wir mit diesen Planungsinstrumenten die Voraussetzung schaffen und auch spätere Ausschreibungen grundsätzlich offen halten.

Ganz aktuell, meine Damen und Herren, gilt es, den Finanzierungsproblemen, die sich für 2013 vehement auftun, Herr zu werden. Wir sehen uns mit erheblichen Forderungen der Unternehmen auf **Tarifanpassung** konfrontiert, die wir aktuell mit gutachterlicher Unterstützung noch prüfen. Im Beirat des Filsland Mobilitätsverbundes haben wir die Tarifierhöhung bei Filsland zum 1.1.2013 zunächst auf 4,9% begrenzt. Alles andere wäre nicht marktgerecht gewesen, hätte der Nachfrage erheblich geschadet. Dabei blieb zunächst offen, in welcher Form der darüber hinausgehende Finanzbedarf für das gegenwärtige Betriebsangebot gedeckt werden kann.

Neben der Straße und der Schiene vergessen wir nicht das **Rad** und die vom Kreistag 2011 verabschiedete **Radkonzeption**. Unser Ziel ist, fahrradfreundlicher Landkreis zu werden.

Dazu gehört auch das verabschiedete **Förderprogramm** für Radverkehrsmaßnahmen in Baulast der Gemeinden mit einem finanziellen Volumen von 50.000 €. Damit konnten 2012 erstmalig acht Projekte in das Programm aufgenommen werden. Zahlreiche Maßnahmen, wie die Errichtung neuer Radverkehrsanlagen im Nassach- oder Lautertal, konnten ebenfalls durch die Konzeption vorangetrieben werden. Weitere 50.000 € setzt der Kreis zur Umsetzung von Maßnahmen in eigener Baulast ein. Hiermit soll die Radverkehrsverbindung zwischen Hohenstaufen und Rechberg aktuell ausgebaut werden. Daneben lag ein Hauptaugenmerk auf der Ausschilderung von insgesamt **sechs neuen touristischen Radrouten**, was eine Neubeschilderung im Umfang von ca. 280 km bedeutet. Darunter auch die erste 4-Sterne-ADFC Radtour auf der Schwäbischen Alb, der Albtäler, ein Gemeinschaftsprojekt der Touristiker aus drei Landkreisen. Aufmerksamkeit für den Radverkehr haben wir bereits erreicht durch den **Radaktionstag** auf der neuen B 10. Und wir streben **weitere Projekte** an wie die neue Radroute im Schurwald, der Einführung eines Radwanderbusses vom unteren Filstal auf die Alb und auch die Teilnahme am Projekt der Region Stuttgart „E-Mobilität im Tourismus“. Gute Voraussetzungen also, um die Bewerbung als **„Fahrradfreundlicher Landkreis“** mit Inhalten zu untermauern. Für den Bereich Radverkehr sind im Haushalt 2013 insgesamt 155 T€ vorgesehen.

Meine Damen und Herren,

der weitaus größte Ausgabenblock in unserem Haushalt ist der **Sozialetat**. Der Sozialetat beinhaltet die Leistungen, die uns als sozialer Standort Landkreis Göppingen prägen. Neben Leistungen zu denen wir gesetzlich verpflichtet sind, sind vor Ort Überlegungen wichtig, um die gesellschaftliche Entwicklung auf dem richtigen Weg und mit den richtigen Instrumenten zu begleiten.

Der veranschlagte Nettoressourcenbedarf im Teilhaushalt 05 für Jugend und Soziales beläuft sich im Haushaltsjahr 2013 auf rund 100,1 Mio. €.

Unter Berücksichtigung der im Teilhaushalt 10 – Allgemeine Finanzwirtschaft sich ergebenden Verbesserung in Höhe von 0,2 Mio. € ergibt sich zum Planansatz 2012 insgesamt eine **Steigerung um 3,8 Mio. €.**

Die aufgezeigten Planzahlen beinhalten durchaus auch Chancen. Damit meine ich **Verbesserungen** auf der Ertragseite, die sich insbesondere bei der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** sowie durch evtl. weitere **Ausgleichszahlungen infolge BaföG-Erstattungen an die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen** abzeichnen. Des Weiteren können sich die Ansätze bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets und in der Jugendhilfe positiv verändern. Die Verwaltung wird die weitere Entwicklung verfolgen und diese ggf. in den Änderungslisten für die Ausschusssitzungen berücksichtigen.

Wesentliche Ursache für die Kostenentwicklung sind die ca. 6 %-igen Tarifabschlüsse in Einrichtungen der freien Sozial- und Jugendhilfe. Diese wirken sich unmittelbar auf die Höhe der Pflegesätze aus. In der **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen** führt bei angenommenen 25 Mio. € pflegesatzrelevanter Ausgaben allein eine 1%-ige Pflegesatzsteigerung zu dauerhaften Mehrkosten von 250.000,-- €.

Die Eingliederungshilfe mit Ihren vielfältigen Leistungsinhalten in den Bereichen Leben, Wohnen, Arbeiten und Freizeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil im Rahmen der gesellschaftlichen Teilhabe und kommt rund 1600 Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen zu Gute. Gleichwohl handelt es sich hierbei um die kostenintensivste Hilfeart mit Ausgaben in Höhe von rund 33,1 Mio. €. Es ist deshalb zu begrüßen, dass Bund und Länder im Rahmen des **Fiskalpakts** im Juni dieses Jahres vereinbart haben, in der nächsten Legislaturperiode ein Bundesteilhabegesetz zu erarbeiten und In-Kraft zu setzen.

Ich setze darauf, dass eingehalten wird, was hier vereinbart wurde und, dass die Verbesserungen auch in unserem Kreishaushalt ankommen.

Im besten Falle wären das dann tatsächlich einmal positive Auswirkungen auf unsere Haushaltsstruktur!

Bei der Umsetzung des Teilhabeplans für Menschen mit Behinderungen wird die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses eine „Konzeption offene Hilfen“ vorlegen, die als Grundlage für mehr Inklusion im Freizeitbereich dienen und für familienentlastende Elemente sorgen soll. Des Weiteren ist die Einrichtung der Stelle eines vom Kreistag zu bestellenden und ehrenamtlich tätigen Patientenfürsprechers /-fürsprecherin für Menschen mit seelischer Behinderung geplant.

Meine Damen und Herren,

zur **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**. Diese wird für Menschen gewährt, die keinen Anspruch auf Leistungen des Jobcenters haben. In dieser Hilfeart sind seit Jahren permanent steigende Fallzahlen und damit verbundene Ausgabenerhöhungen zu verzeichnen. Anfang dieses Monats hat der Deutsche Bundestag die zweite und dritte Stufe der Kostenübernahme durch den Bund verabschiedet. Damit werden im Jahr 2013 insgesamt 75 % Prozent und ab dem Jahr 2014 vollständig die kommunalen Ausgaben übernommen. Für 2013 hat die Verwaltung eine Reduzierung des Zuschussbedarfs um ca. 1,7 Mio. € einkalkuliert. Dieser erhebliche Beitrag des Bundes zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation ist besonders vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der damit absehbar weiterhin steigenden Kostenentwicklung sehr zu begrüßen und ist bezogen auf unsere Haushaltsstrukturprobleme ebenfalls positiv zu bewerten.

Auf Grund der **positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes** sind die Empfänger von Leistungen der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (Hartz IV) im September 2012 mit rund 10.270 Leistungsempfängern zum Vorjahresmonat um 5,2 % zurückgegangen.

Dieser Trend dürfte sich im Jahr 2013 allenfalls in abgeschwächter Form fortsetzen.

In Verbindung mit zu erwartenden Kostensteigerungen bei den Energieaufwendungen rechnen wir mit einer Stagnation des Landkreisaufwands auf der Basis des voraussichtlichen Rechnungsergebnisses des Jahres 2012. Weiterhin unbefriedigend ist der Umstand, dass rund 2.230 Leistungsempfänger einer Arbeit nachgehen, deren Einkommen aber zur Deckung des Lebensunterhalts nicht ausreicht. Vor diesem Hintergrund erscheint es aus Kostenträgersicht sinnvoll, durchgängig die Voraussetzungen zur Einführung von Mindestlöhnen zu schaffen. Der Landkreis beteiligt sich an dem Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ des Sozialministeriums Baden-Württemberg. Hiernach soll es langzeitarbeitslosen Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen ermöglicht werden, entweder einen subventionierten Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt oder bei gemeinnützigen Beschäftigungsunternehmen wie der SAB Waldeckhof zu erhalten. Nach der zum 1.4.2012 in Kraft getretenen Instrumentenreform des Bundes ist das Landesprogramm zudem geeignet, in ihrer Existenz gefährdete gemeinnützige Beschäftigungsträger zu stützen.

Das zu 100 % über den Europ. Sozialfonds geförderte **Projekt „REGIOdrive“** wird im September 2013 leider auslaufen. Mit dem Projekt werden im sogenannten „Übergangsmanagement Schule/Beruf“ wichtige Impulse gesetzt. Denn trotz des aus Bewerbersicht positiven Ausbildungsmarktes sind für nicht oder noch nicht ausbildungsreife Jugendliche Fördermaßnahmen notwendig. Über den Stand von "REGIOdrive" wird in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses berichtet.

Bei der Umsetzung des **Bildungs- und Teilhabepakets** (BuT) kann nach Anlaufschwierigkeiten mittlerweile über einen guten Bearbeitungsstand von 93 % der gestellten Anträge und einer Inanspruchnahmequote von rund 75 % berichtet werden.

In der **Kinder- und Jugendhilfe** ist mit einem weiterhin steigenden Kostenanstieg im Umfang von ca. 1,1 Mio. € zu rechnen.

Ursächlich hierfür sind neben einem geringen Anstieg der Fallzahlen steigende Entgelte bei den Pflegesätzen in teil- und vollstationärer Unterbringung von bis zu 8 %. Herr Dr. Bürger vom Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) hat in der Sitzung des Kreistags am 13.7.2012 dargestellt, dass der Landkreis Göppingen im Vergleich zu andern Landkreisen negative Sozialstrukturindikatoren aufweist – beispielsweise bei der Quote der jugendlichen Bezieher von SGB II- Leistungen des Jobcenters. Gleichwohl liegt der Landkreis in der Jugendhilfe beim Pro-Kopf-Aufkommen je Einwohner nur knapp über dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Stuttgart.

Die im Jahr 2010 vom Kreistag beschlossenen Richtlinien des **Kreisjugendplans** werden nach fast 3-jähriger Laufzeit derzeit von der Verwaltung überarbeitet. Sie sollen in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zur Beschlussfassung durch den Kreistag vorberaten werden. Infolge des Wiedereinstiegs des Landes bei der Förderung der **Schulsozialarbeit** und der auf 3 Jahre befristeten Mitfinanzierung durch den Bund über das Bildungs- und Teilhabepaket fördert der Landkreis nunmehr seinerseits die Schulsozialarbeit mit einem Pauschalzuschuss von einem Drittel der Personalkosten. Des Weiteren werden derzeit Förderrichtlinien für **Schulsozialarbeit an den landkreiseigenen Schulen** erarbeitet. Nach Berechnungen der Verwaltung stehen dem in den Jahren 2011 bis 2013 verursachten Landkreisaufwand überschüssige Bundesmittel in Höhe von rund 800.000,-- € gegenüber. Diese könnten in den Folgejahren ab 2014 für die Weiterfinanzierung eingesetzt werden.

Zum 01. August 2013 tritt in der **Kindertagesbetreuung** der Rechtsanspruch für unter 3-Jährige auf einen Kitaplatz bzw. einen Platz in Tagespflege in Kraft. Nach derzeitiger Kenntnis dürfte unter Berücksichtigung der Planungen der Kindergartenträger bis dahin eine Versorgungsquote von durchschnittlich 28 % erreicht werden. Es bleibt abzuwarten, ob damit ein bedarfsgerechtes Angebot vorgehalten werden kann.

Nach Einschätzung der Verwaltung unternehmen die Kommunen große Anstrengungen, um für ihr Gemeindegebiet den Anforderungen gerecht zu werden. Der Landkreis unternimmt seinerseits über den Tagesmütter e.V. und durch Verstärkung der personellen Ressourcen im Kompetenzzentrum Kindertagesbetreuung des Kreisjugendamts erhöhte Anstrengungen beim weiteren Ausbau der Tagespflege. Überlegungen im politischen Raum, wonach Tagesmütter statt Erzieherinnen in den Kitas eingesetzt werden könnten, steht die Verwaltung eher kritisch gegenüber.

Im **Flüchtlingsbereich** kann trotz Errichtung des Erweiterungsbaus für rund 120 Asylbewerber in der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Pappelallee Göppingen nicht von einer Entspannung der Lage gesprochen werden.

Der Landkreis ist mangels eigener Liegenschaften bei der Suche nach weiteren GU-Kapazitäten weiterhin dringend auf die Unterstützung der Städte und Gemeinden angewiesen, die allerdings sehr verhalten ist. Zusätzliche Engpässe in der Wohnraumversorgung sind zu erwarten, falls die Mindestwohnfläche von 4,5 qm / Asylbewerber auf 7 qm angehoben werden sollte. Die Erhöhung der Leistungen für den Lebensunterhalt aufgrund Urteils des Bundesverfassungsgerichts verursacht in unserem Haushalt Mehrausgaben über rund 450.000,-- €. Das Land ist hier in der Pflicht, seine Kostenerstattung entsprechend zu erhöhen.

Im Rahmen der Umsetzung des **Integrationsplans** für Migranten hat die Verwaltung zusammen mit dem begleitenden Arbeitskreis die Konzeption eines Mentorinnenprojektes für Mütter von Kindergartenkindern auf den Weg gebracht. Die **Interkulturelle Öffnung der Verwaltung** als weitere Handlungsempfehlung aus dem Integrationsplan soll als nächstes Projekt in die Wege geleitet werden.

Meine Damen und Herren,
es gäbe zu den anstehenden Aufgabenstellungen im Dezernat für Jugend und Soziales noch Vieles zu berichten. Stichworte hierzu sind u. a. die Themen Familientreffs, Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen, Bürgerschaftliches Engagement, Sozial-Controlling, Organisationsentwicklung. Ausführungen hierzu sollen in den kommenden Haushaltssitzungen im Jugendhilfe- und Sozialausschuss erfolgen. Lassen Sie mich abschließend an unsere **Partner der freien Sozial- und Jugendhilfe** mit allen ihren Einrichtungen und Diensten für das konstruktive Miteinander **ein herzliches Dankeschön** aussprechen.

Und lassen Sie mich der **Kreisverwaltung insgesamt, dem Kreiskämmerer und seinem Team** für die Vorbereitung des Haushalts 2013 danken. Es war eine Mammutaufgabe, neben der „normalen“ Vorbereitung des Haushalts parallel die Umstellung auf Produktgruppen und die Doppik umzusetzen. Das war ein enormes Engagement der Verwaltung, das ich sehr wertschätze.

Große Wertschätzung verdienen auch, meine Damen und Herren, Ihr **ehrenamtliches Engagement**, Ihr persönlicher und zeitlicher Einsatz **als Kreistagsmitglied**, der in diesen Wochen und Monaten mit einer grenzwertigen Belastung verbunden ist. Für Ihren verantwortungsvollen und engagierten Einsatz zum Wohle unseres Landkreises möchte ich Ihnen ganz herzlich danken!

Ich übergebe nun an den Kreiskämmerer und bitte ihn um seine Informationen zum Haushaltsentwurf 2013.